

1 Rede des Bündnisses gegen die „Nato Sicherheitskonferenz“ am 16.2.2019

2

3 Heute, auf der Münchner Sicherheitskonferenz, sitzen die Bosse aus Wirtschaft und
4 Rüstungsindustrie und zahlreiche Staatschefs einträchtig beieinander und spielen Monopoly.
5 Das Spielbrett ist unsere Erde und es geht um Macht und Geld. Es geht ihnen um die Sicherung und
6 den Ausbau ihrer Vormachtstellungen. Sie kaufen korrupte Regierungen, wie zum Beispiel im
7 Kongo, um sie als Marionetten zu benutzen. Sie erzwingen strukturelle Veränderungen durch IWF
8 und Weltbank oder bauen Oppositionen auf, um Regierungen von innen zu stürzen.

9 Führen all diese Wege nicht zum Ziel, wird ein Staat zum „failed state“ degradiert. Das kommt
10 einer Kriegserklärung seitens der westlichen Welt gleich. Ihre Angriffskriege werden als
11 humanitäre Hilfe oder „Terrorismusbekämpfung“ getarnt. Diese Kriegstreiber bezeichnen dann ihre
12 Machenschaften auch noch als sicherheits- und friedenspolitisches Engagement

13 Ja, die Welt ist objektiv unsicherer geworden! Aber es wird gezündelt, um die Gewinnspannen zu
14 maximieren. Was die sie da drüben im bayrischen Hof in feinen Hinterzimmern und an
15 Konferenztischen ausbaldowert wird, ist keine Lösung für die Menschen, sondern für ihre Profite.

16

17 Sicherheit heißt für uns: ein Leben ohne Krieg, Gewalt und Verfolgung! Ein Leben ohne Armut und
18 ohne Hunger! Auch in Deutschland, einem der reichsten Länder dieser Erde, leben nicht alle
19 Mitmenschen frei von Armut und / oder Gewalt. Jens Spahn, unser Gesundheitsminister, sagte: "In
20 Zukunft müssen wir etwas weniger die Sozialausgaben erhöhen und etwas mehr auf
21 Verteidigungsausgaben schauen." Dazu sagen wir deutlich NEIN!! Abrüstung statt Sozialabbau! Es
22 dürfen keine Sozialausgaben gekürzt oder gestrichen werde! Wir fordern: Rauf mit den
23 Sozialausgaben und runter mit den Rüstungsausgaben. Nein zur Bundeswehr-Werbung in Schulen,
24 auf Messen und in der Öffentlichkeit. Nein zu Einsätzen der Bundeswehr im Inneren und im
25 Ausland.

26 Die Bundeswehr gehört abgeschafft.

27

28 Die Bundesregierung mischt seit Jahren mit auf dieser internationalen „Sicherheits“ Bühne, sei es
29 im Rahmen der EU oder der NATO. Sie behaupten, die EU sei ein Garant für Frieden und
30 Sicherheit in Europa – doch ihre Verträge und ihr Handeln stellen das Gegenteil dar. Einige
31 Beispiele: Im Lissabonner Vertrag steht, dass die Mitgliedsstaaten sich verpflichten, ihre
32 militärischen Fähigkeiten schrittweise auszubauen. PESCO wurde aus der Taufe gehoben, der
33 Aufbau einer EU-Armee vorangetrieben. Sie lassen Frontex-Soldaten an den Grenzen der EU
34 patrouillieren, um die Festung Europa gegen Geflüchtete aufzurüsten. Sie fabulieren darüber, dass
35 die EU eine wichtigere Rolle weltweit spielen solle. Dafür brauchen sie Geld, unser Geld! Sie
36 sagen, seit der Europäischen Union habe es in Europa keinen Krieg mehr gegeben. Sie haben wohl
37 den ersten den Krieg in Jugoslawien 1999 vergessen. Hier war Deutschland ganz vorne dabei und
38 flog das erste Mal seit 1945 wieder Kampfeinsätze.

39 Manfred Weber, Vorsitzender der EVP im EU Parlament und Mitglied der CSU äußerte sich so:
40 „Diese europäische Leitkultur müssen wir verteidigen und wenn möglich global behaupten (...). Die
41 gemeinsame Verteidigung ist ein Muss! (...) Dies ist neben dem Euro die zweite große
42 Weiterentwicklung Europas, die jetzt konkret ansteht“. Das Handelsblatt schreibt, „Der Bundeswehr
43 fehlt es nach einem Vierteljahrhundert Sparkurs an allem“. Die Wahrheit ist eine andere, der
44 Rüstungshaushalt, der ach so sehr zusammengestrichen worden sei, hat sich die letzten Jahren um
45 über 17 Milliarden auf 42,2 Milliarden im Jahr 2019 erhöht. Ganz ehrlich, das ist alles andere als
46 eine Kürzung. Die sogenannten „internationalen Verpflichtungen“ werden häufig als Vorwand für

47 kriegerische Interventionen und Aufrüstung benannt. Was ist mit der UN-Menschenrechts-Charta?
48 Ist das keine internationale Verpflichtung? Engagiert sich die Bundesregierung für das Recht auf
49 Wasser, das Recht auf Gewaltfreiheit, das Recht auf Bildung oder das Recht, als Minderheiten
50 geschützt zu werden? Wo bleibt das Engagement der Bundesregierung, wenn es um die
51 Menschenwürde von Geflüchteten geht? Die Kernländer der EU, und allen voran Deutschland,
52 tragen die Verantwortung für die Vernichtung von Lebensgrundlagen durch Krieg,
53 Umweltzerstörung und Ausbeutung. Und im Gegenzug schotten sie sich ab. Sie kriminalisieren
54 Menschen, die vor ihrer Politik und deren Auswirkungen fliehen! Fluchtursachen müssen erkannt
55 und beseitigt werden. Unsere Solidarität gilt den Geflüchteten! Was ist mit dem Völkerrecht? Ist das
56 keine internationale Verpflichtung? Das Völkerrecht verbietet die Einmischung in innere
57 Angelegenheiten durch andere Länder! Die USA und diverse NATO-Staaten wie auch die
58 Bundesregierung haben kürzlich in Venezuela den selbsternannten Präsidenten Juan Guaidó
59 anerkannt. Und dem vom Volk gewählten Präsidenten wurde die Legitimation aberkannt. Als Grund
60 wird die Wiederherstellung der Demokratie in Venezuela genannt. Das, obwohl Venezuela 2016 und
61 2018 demokratische Wahlen abhielt mit hunderten internationalen Wahlbeobachtern – auch aus den
62 Vereinten Nationen. Der wahre Grund ist: Venezuela hat die größten Ölreserven der Welt.
63 Venezuela verstaatlichte 2008 die Ölproduktion und setzte den US-Ölkonzern Exxon vor die Tür.
64 John Bolton sagte kürzlich: "Für die USA wäre es von großem Vorteil, wenn US-Ölkonzerne in
65 Venezuela investieren und produzieren könnten. Das wäre gut für die Bevölkerungen sowohl in
66 Venezuela als auch in den USA." Und das stimmt nicht. Denn das hatten die Venezolaner bereits vor
67 Chavez inklusive Ghettos, Straßenkindern und 80% Armut. Internationale Verträge, welche für uns
68 Menschen geschrieben wurden, werden bewusst für Profite ignoriert. Wir setzen uns für ein
69 friedliches, achtungsvolles und soziales Miteinander auf diesem Globus ein. Für uns Menschen statt
70 für den Profit, den sich nur einige Privilegierte einstreichen können.

71
72 Es gibt auch die, welche ein ausgeprägtes Interesse an der Aufrüstung und Kriegen haben, die
73 Rüstungsindustrie. Deren Vertreter*innen sitzen heute ebenso im Bayrischen Hof.
74 Und wer glaubt, dass diese Manager sich völlig uneigennützig für Frieden und Sicherheit
75 engagieren, der glaubt auch, dass die Erde eine Scheibe ist. Weltweit werden Staaten mit Waffen
76 und Kriegsgerät beliefert. Gesetze, die Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete verbieten,
77 werden durch Lieferungen über Drittländer umgangen. Wer zahlt, bekommt Kriegsgerät und Waffen
78 geliefert oder auch die Lizenzen verkauft, diese im eigenen Land zu produzieren, wie zum Beispiel
79 die Türkei.
80 Auch die Europäische Union kurbelt die Umsätze der Rüstungsindustrie an. Zum Beispiel durch die
81 Entwicklung und Produktion von neuen Drohnen, Kampfpanzern und Kampfflugzeugen für eine
82 schlagkräftige EU-Armee. Dies wird uns als Steuerzahler*innen nach Schätzungen einige hunderte
83 Milliarden Euro kosten. Kraus-Maffei Wegmann, Diehl, Nexter und Rheinmetall werden sich wohl
84 auch daran eine goldene Nase verdienen. Frank Haun, der Chef von Kraus-Maffei Wegmann
85 formulierte dies so: „Wenn wir davon nur die Hälfte abbekommen, sind wir glücklich“.
86 Nebenbei sei angemerkt, Kraus Maffai Wegmann hatte 2017 das umsatzstärkste Jahr seiner
87 Firmengeschichte. Drei der größten Rüstungskonzerne Deutschlands sitzen hier in Bayern!
88 Wir fordern eine konsequente Abrüstung und Rüstungskonversion. Die IG-Metall sagt: "Wir
89 verurteilen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte (...) Arbeitsplatzverluste (durch Abrüstung)
90 sind durch Wandlung in Arbeitsplätze zur Herstellung ziviler, gesellschaftlich notwendiger Produkte
91 zu kompensieren.“ Sie vertritt weiter, dass das Geld, welches in die Entwicklung von Rüstung
92 gesteckt werde, für andere Bereiche wie Bildung und Gesundheit verwendet werden sollte.

93 Es ist möglich, die Produktion umzustellen! Dies geschieht momentan aus einem einfachen Grund
94 nicht: weil die Rüstungs-Industrie als politisch-militärischer Machtfaktor gewollt ist und gefördert
95 wird. Wie absurd das Feigenblatt der parlamentarischen Kontrollfunktion für Rüstungsexporte ist,
96 sehen wir bei den Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien. Deutschland liefert seit Jahren Waffen in
97 Milliardenhöhe, obwohl Saudi-Arabien einen Angriffskrieg gegen den Jemen führt und
98 internationale Hilfe für die Bevölkerung blockiert – und die Welt schaut weg! Wir müssen mit
99 unserer Forderung nach Rüstungskonversion lauter, deutlicher und präsenter werden. Lasst uns
100 Sand im Getriebe der Rüstungsindustrie sein. Wir fordern das Verbot der Lizenzvergabe sowie
101 einen sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte. Wir, die Menschen hier in Deutschland, Europa und
102 in der ganzen Welt haben keinen Vorteil von einem Wettrüsten, vom Militär und der Militarisation.
103 Wir wissen: Rüstung tötet!

104
105 2001 wurde der ABM-Vertrag von 1972 von den USA gekündigt. Dieser verbot die Errichtung von
106 Raketenabwehrsystemen in Europa. Inzwischen stehen die von den USA und der NATO
107 installierten Systeme, die nicht nur „Abfangraketen“ abfeuern können, so weit im Osten, dass sie
108 auch gegen Bodenziele bis weit hinter Moskau eingesetzt werden könnten. Mit dieser Stationierung
109 der Raketenabwehr in Europa wurde durch die US-Regierung eine Aufrüstungsspirale in Gang
110 gesetzt.

111 Im letzten Jahr wurden für ein Truppenmanöver im Osten von Polen tausende Militärfahrzeuge der
112 NATO und US-Streitkräfte quer durch Deutschland gekarrt. Ein US Generaloberst sagte dazu: „Wir
113 üben...wie Truppenbewegungen im Notfall durchgeführt werden können“.

114 Und was macht die Bundeswehr in diesem Falle? In einem Papier vom Heereskommando wird ein
115 Szenario entworfen, wie die Bundeswehr einen Landkrieg gegen Russland im Jahr 2026 gewinnen
116 kann. Ein weiteres Papier formuliert „dass ein gemeinsames Gefühl für die Dringlichkeit der
117 notwendigen Veränderungen zu entwickeln sei...Alles andere habe sich dem unterzuordnen, denn
118 nur so kann die Wirkungsüberlegenheit deutscher Landstreitkräfte zurückgewonnen werden“.
119 Die Hochrüstung gegen Russland ist überaus ernst zu nehmen! Der mediale und wirtschaftliche
120 Feldzug hat schon längst begonnen. Für alle, denen das noch nicht aufgefallen ist: das ist ein Kalter
121 Krieg.

122 Was sie als „Sicherheitsmaßnahmen“ bezeichnen, bedeutet Konfrontation und Provokation.
123 Das steigert eine reale Kriegsgefahr. Wieder wird Russland als Bedrohung für den Frieden in
124 Europa ausgemacht. Wogegen der Sicherheitsreport 2019 sagt, dass die Mehrheit der Menschen in
125 Deutschland die aggressiv-militärische Politik der USA als Hauptbedrohung für den Frieden sieht.
126 Die westlichen Staatschefs heizen Krisen und Konflikte an. Sie setzen auf Konfrontation statt
127 Dialog. Und genau das ist es, was unsere Welt wirklich unsicher macht. Für Frieden in Europa muss
128 der Konfrontationskurs mit Russland beendet werden. Frieden in Europa geht nur mit und nicht
129 gegen Russland.

130
131 Doch die Spirale dreht sich weiter....

132 Im Jahr 2010 wurde im Bundestag der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland beschlossen –
133 die Umsetzung steht bis heute aus. Im Jahr 2017 wurde in der UN-Generalversammlung von einer
134 Mehrheit der Staaten ein Atomwaffenverbot beschlossen. Entgegen ihres Beschlusses von 2010
135 stimmte die Bundesregierung zusammen mit anderen NATO-Staaten dagegen.

136 Die US-Regierung hat den INF-Vertrag gekündigt. Dieser verbietet die Stationierung landgestützter
137 atomarer Mittelstreckenraketen in Europa. Die USA werfen Russland vor, gegen den INF-Vertrag
138 verstoßen zu haben. Die von Lawrow angebotenen Inspektionen vor Ort wurden von der US-

139 Regierung nicht angenommen. Und was macht die Bundesregierung? Sie schüttet weiter Öl ins
140 Feuer!

141 So fordert Wirtschaftsminister Altmeier, dass man auch über atomare Nachrüstung nachdenken
142 solle, sonst schwäche dies die Verhandlungsposition. Wolfgang Ischinger äußerte die Forderung,
143 dass die französischen Atomwaffen auch für EU-Partner, für die Bundesregierung, zur Verfügung
144 stehen sollten und bot im Gegenzug eine Beteiligung an den Kosten an. So soll also auch
145 Deutschland durch die Hintertüre atomar bewaffnet werden.

146 Laut Umfragen sind 90 % der Menschen in Deutschland gegen Atomwaffen. Eine breite Mehrheit
147 ist für den Abzug der US-Atomraketen in Büchel. Wir wollen keinen Krieg, egal ob mit
148 konventionellen Waffen oder mit Chemie-Waffen. Weder mit biologischen Waffen noch mit dem
149 Drohpotential atomarer Waffen.

150 Wir brauchen nicht mehr Geld für ABC-Waffen. Wir brauchen mehr Geld für ABC-Schützen.
151 Wir weigern uns, am atomaren Rüstungswettlauf teilzunehmen. Wir stellen uns dagegen – hier, in
152 Europa und überall auf der Welt. Für unsere Sicherheit und die Sicherheit kommender Generationen
153 sagen wir lautstark NEIN zu diesem Wahnsinn. Atomwaffen gehören abgeschafft!

154

155 Damit wir leben können, muss unser Protest gegen die Kriegstreiber und Kriegsgewinnler und ihre
156 Helfershelfer weitergehen und stärker werden.

157 Gegen den Wahnsinn des Wettrüstens und die Stationierung von atomaren Raketen.
158 Gegen ein politisches System, in dem Teile der Industrie am Tod von Menschen Milliarden
159 verdienen.

160 Gegen ein wirtschaftliches System, in dem mit der Zerstörung anderer Länder ein
161 Konkurrenzvorteil herbeigebombt wird.

162 Für ein Leben abseits von dem Denken, ob man als Humanressource nützlich und verwertbar ist.
163 Für eine Sicherheit, die uns Menschen ein würdiges Leben ermöglicht, egal ob im Kongo, im
164 Jemen, in Venezuela, in Afghanistan, im Irak oder wo auch immer.

165

166 Die Kriegsgefahr steigt!

167 Die Gefahr eines drohenden Atomkrieges in Europa rückt näher.

168 Die Atomkriegsuhr steht seit drei Wochen auf zwei vor 12.

169 Die Kündigungsfrist des INF-Vertrags läuft am 2. August ab.

170 Dem werden wir unseren Protest entgegenstellen!

171 Hier und heute, und auch in der Zukunft!

172 Beteiligt euch an dem Widerstand, tragt den Protest lautstark und deutlich in die Gewerkschaften,
173 die Kirchen, die Verbände, die Kommunen und die Betriebe.

174 Lasst uns gemeinsam auf die Straße gehen, bis der Protest nicht mehr zu übersehen und zu
175 überhören ist!!

176 In diesem Sinne:

177 Weg mit der Bundeswehr!

178 Rüstungskonversion jetzt!

179 Gegen die Atomwaffen in Europa und überall auf der Welt!